

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB fordert, Konsequenzen aus dem Vermächtnis des Marshall-Plans zu ziehen: Initiative zur Entschuldung der Dritten Welt ergreifen.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL kommentiert die Strauß-Zwischenrufe zur Abrüstung: Überflüssige Cassandra-Rufe.

Seite 3

Alwin Brück MdB hält der Bundesregierung die OECD-Kritik an ihrer Entwicklungshilfe vor: Bonn orientiert sich an Wirtschaftsinteressen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB kommentiert Minister Schneiders Äußerungen zum altersgerechten Bauen: Wie man ein Thema zu Tode reitet.

Seite 5

Dokumentation  
Der SPD-Parteivorstand hat zur Teilnahme an der Kundgebung der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn aufgerufen. Wortlaut auf

Seite 6

42. Jahrgang / 105

4. Juni 1987

Initiative zur Entschuldung der Dritten Welt ergreifen

Konsequenzen aus dem Vermächtnis des Marshall-Plans ziehen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Konsequenzen für heute aus dem Vermächtnis des Marshall-Plans will eine internationale Konferenz erörtern, die Ende Juni 1987 in Berlin zusammentrifft. Konkrete Konsequenzen aus den Erfahrungen des Marshall-Plans, dessen 40. Jahrestag wir am 5. Juni 1987 begehen, sollten aber auch schon die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen bei ihrem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig ziehen.

Die Bundesregierung sollte bei diesem Gipfel endlich die Initiative ergreifen zu einer Entschuldung der Dritten Welt, die auch der politischen Dimension des Schuldenproblems Rechnung trägt und die Weltwirtschaft - nicht nur die Länder der Dritten Welt - von der bisherigen Übung befreit, daß immer nur die gerade gefährlichsten Krisen entschärft, nicht aber die Ursachen des gesamten Verschuldungsproblems angegangen werden.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb, daß die Bundesregierung von ihrer haushaltsrechtlich gegebenen Möglichkeit entschieden Gebrauch macht, auch über den Kreis der allerärmsten Länder (LLDC) hinaus öffentliche Schulden von Fall zu Fall zu erlassen. Und sie sollte endlich ein Konzept vorlegen, wie die Rückflüsse aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit - die Höhe der Zins- und Tilgungsleistungen übersteigt bei einigen Ländern bereits die Höhe von Neuzusagen - sinnvoll für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt eingesetzt werden können, etwa in der Form nationaler Entwicklungsfonds der betreffenden Länder zur Förderung von Grundbedürfnisvorhaben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwert und Versand.

Printed in Germany  
with 50% recycled paper  
Recycling Paper



Eine dem Marshall-Plan vergleichbare, von internationaler Solidarität getragene Anstrengung ist dringend nötig, wenn die Länder der Dritten Welt von den Fesseln befreit werden sollen, die die hohe Verschuldung ihrer Entwicklung anlegt. Und wie der Marshall-Plan, so würde auch eine solidarische Aktion zur Entschuldung der Dritten Welt im beiderseitigen Interesse liegen. Auch das European Recovery Program induzierte nicht nur eine ungeheuere wirtschaftliche Dynamik in Europa, sondern schuf auch die Voraussetzungen für hohe US-Exporte und sicherte die Kapitalanlagen der USA in Westeuropa.

Auch heute leiden nicht nur die Länder der Dritten Welt unter dem Würgegriff der Verschuldung. Mangelnde Nachfrage der sogenannten Entwicklungsländer wirkt sich auf die Exporte der Industrieländer aus, verschlechtert beispielsweise zusätzlich die sowieso schlechter gewordene Auftragslage der deutschen Firmen und wirkt sich damit negativ auf unseren Arbeitsmarkt aus.

Des öfteren habe ich bereits an die Erfahrungen mit dem Londoner-Schuldenabkommen erinnert, in dem 1953 nach einer internationalen Schuldenkonferenz die deutsche Kreditfähigkeit durch Forderungsverzichte, Senkung der Zinssätze und Streckung der Tilgungszeiträume wiederhergestellt wurde. Aus diesem Abkommen und den Erfahrungen des Marshall-Plans sollte die Bundesregierung endlich die Konsequenzen ziehen und sich in Venedig einsetzen für

- Forderungsverzichte von Fall zu Fall,
- Moratorien und Umschuldungen,
- Begrenzung des Schuldendienstes auf höchstens 20 Prozent der Exporterlöse des jeweiligen Entwicklungslandes,
- Reformen bei Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, so daß demokratische und sozial gerichtete Prozesse in den Ländern der Dritten Welt gestärkt und nicht geschwächt werden,
- wirksame Maßnahmen gegen den wachsenden Protektionismus der Industriestaaten, so durch den Abbau der nichttarifären Handelsbeschränkungen und der Zolldifferenzierung zwischen nichtverarbeiteten und verarbeiteten Produkten.

(-/4.6.1987/rs/ks)

\* \* \*



Überflüssige Cassandra-Rufe

Zu den Strauß-Zwischenrufen zur Abrüstung

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion  
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Die Rolle von Strauß als Zaungast und Zwischenrufer bei den Abrüstungsverhandlungen ist mehr als peinlich geworden. Als steter Mahner und Warner vor der kommunistischen Aggressionsgefahr wirken seine Argumente mittlerweile so weit hergeholt, daß man nur schwer den Bezug herstellen kann.

Was hat Herr Strauß dieser Tage von der Sowjetunion als „Vorleistungen“ verlangt? Die UdSSR müsse beweisen, daß sie den Gedanken der Weltrevolution, den Export revolutionärer Ideen und das Streben nach strategischer Überlegenheit aufgegeben habe. Nun - die ersten beiden angeblichen Ziele sind ideeller Art. Sie stehen deshalb auch im Wettbewerb mit den westlichen Zielen der Demokratie. In diesem Wettstreit führt eindeutig die Demokratie. Die neue Offenheit, die Transparenz, die Gehversuche der sowjetischen Führung in eine Demokratisierung beweisen doch die Stärke der Demokratie.

Herr Strauß wird dies möglicherweise als Täuschungsmanöver werten, um das westliche Bündnis in Sicherheit zu wiegen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß dieser Zweck erreicht wird, wenn gleichzeitig ein 250 Millionen-Volk anfängt, erste demokratische Schritte zu machen. Diese Entwicklung bedeutet zugleich den Abschied vom Kommunismus Stalin'scher Prägung.

Abrüstung an die Bedingung zu knüpfen, daß der Gegner seinen Idealen offen abschwören soll: Wer dies verlangt, der will keine Abrüstung. Vor allem aber richtet er beträchtlichen Schaden am zarten Pflänzchen Demokratie an, das in der Sowjetunion zu wachsen und zu gedeihen angefangen hat.

Natürlich kann man Weltrevolution und den Export revolutionärer Ideen auch durch Waffengewalt erzwingen. Wenn Strauß dies gemeint hat, dann sollte er daran denken, wie waffenstarrend diese Erde ist. Er sollte überlegen, daß mit Gewalt derzeit keine Hegemonie erreicht werden kann. Schließlich stehen sich zwei Systeme gegenüber, die einander und die ganze Erde dazu mehr als ein Dutzend mal vernichten können. Angesichts solcher Bedrohung möchte ich auch eine von Strauß ausgemachte strategische Überlegenheit in Frage stellen.

Eine solche Überlegenheit hätte in den Kriegs-Gedankenspielen sowohl im Osten wie im Westen eine Bedeutung, wenn es um die Machbarkeit eines begrenzten Atomkrieges in Europa geht. Wir wissen, daß Militärstrategen im Pentagon und im Kreml solche Überlegungen angestellt haben. Doch dagegen können wir uns doch am besten schützen, wenn wir die „doppelte Null-Lösung“ einschlagen.

Ich kann Herrn Strauß nur beipflichten, wenn er sagt, es müsse alles vermieden werden, was in Ost und West dazu führen könne, eine militärische Auseinandersetzung in Europa wieder führbar zu machen. Aber Herr Strauß widerspricht sich doch, wenn er dann selbst auf der Stationierung der 72 bundesdeutschen Pershing-Raketen beharrt. Dadurch wird genau wieder die Diskussion des regionalen Gleichgewichtes aufkommen, die erneut die Rüstungs-, Nachrüstungs- und Aufrüstungsspirale in Gang setzt.

Herr Strauß hat am Wochenende einen sehr richtigen Satz gesagt: „Hätten wir eine feste Konzeption gehabt und sie auch nach außen gegenüber den Amerikanern rechtzeitig vertreten, dann wäre dem deutschen Willen oder den deutschen Vorstellungen sicher im weitestgehenden Maße Rechnung getragen worden.“ Dieser Satz trifft die bundesdeutschen Regierungsparteien. Mit ihrer gespaltenen Zunge, mit ihrer Uneinigkeit haben sie die bestmögliche Lösung für Europa - so wenig Waffen auf beiden Seiten wie möglich - und damit unsere ureigensten Interessen in Frage gestellt. An vorderster Front übrigens Strauß, dessen Beiträge insgesamt und vor allem zuletzt am Wochenende wieder wenig hilfreich waren. Er mag sich selbst in den Kreis der von ihm so gescholtenen „selbsternannten Strategen mit irreführenden Aussagen“ einreihen.

Ich meine: das militärische Potential auf beiden Seiten zwingt zu einer Reduzierung der Waffen. Dadurch wird kein Mensch der Gefahr des Kommunismus ausgesetzt. Wer sich gegen eine Verminderung des Waffenpotentials ausspricht - so wie Herr Strauß das tut, auch wenn er sich mittlerweile in der Dimension kleinkarierten Mäkchens bewegt - gefährdet die Friedensinteressen Europas.

Herr Strauß, Ihre Cassandra-Rufe waren und sind überflüssig. Zum jetzigen Zeitpunkt aber können sie schweren Schaden anrichten. Hören Sie auf damit!  
(-/4.6.1987/rs/ks)

\* \* \*



### OECD-Kritik an Bonner Entwicklungshilfe

Bundesregierung orientierte ihre Politik an Interessen der Wirtschaft

Von Alwin Brück MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von der Öffentlichkeit ist es kaum wahrgenommen worden: Der OECD-Ausschuß für Entwicklungshilfe hat die Entwicklungspolitik der Bundesregierung kritisiert.

Sinkende öffentliche Entwicklungshilfeleistungen sowie steigende Zins- und Tilgungsrückflüsse sind nach OECD-Einschätzung auch für die kommenden Jahre Signale eines verminderten entwicklungspolitischen Engagements der Bundesrepublik in den Ländern der Dritten Welt.

Kritik übt der OECD-Ausschuß vor allem an der Haltung der Bundesregierung in der Frage der entwicklungspolitischen Nutzung der Zins- und Tilgungsrückzahlungen der Entwicklungsländer. Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, die in diesem Jahr auf über eine Milliarde Mark ansteigenden Rückflüsse nicht mehr wie bisher als Einnahmen des Bundes, sondern als zusätzliche Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Norwegen und die USA als OECD-Prüferländer tadelten ebenfalls die an Aufträgen für die eigene Wirtschaft orientierte Politik der Bundesregierung. Auch Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zeigen, daß bei der gegenwärtigen deutschen Entwicklungshilfe oft der eigene wirtschaftliche Vorteil den Nutzen der Entwicklungsländer übertrifft.

Die Studie vom März dieses Jahres macht deutlich: Durch die seit 1983 radikal vermehrte Mischfinanzierung und die Lieferbindung an Aufträge für die deutsche Industrie wird den Ländern der Dritten Welt geschadet. Infolge der Monopolisierung und Verteuerung vermindert sich die Effizienz der Hilfe; ein sinnvoller Strukturwandel in Richtung auf internationale Wettbewerbsfähigkeit wird vereitelt.

Was immer man auch an Sonntagsreden vom Stapel läßt über den freien Welthandel, Mischfinanzierung und Lieferbindung haben viele protektionistische Elemente in sich.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Jahren die Bundesregierung immer wieder gewarnt. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß die zurückgehenden Verpflichtungsmächtigungen automatisch zu einer Minderung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen führen werden. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß Mischfinanzierung, wenn sie in sehr großem Maße betrieben wird, entwicklungspolitisch schädlich ist. Und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Mittel, die aus Zins- und Tilgungsrückzahlungen aus den Entwicklungsländern in die Bundesrepublik zurückfließen, wieder entwicklungspolitisch sinnvoll einsetzen kann.

Die Bundesregierung aber hat alle diese Warnungen in den Wind geschlagen. Sie hat ihre Politik des Eigeninteresses fortgesetzt, und sie war bisher nicht in der Lage, ein Modell zu entwickeln, das langfristig verhindern kann, daß die Länder der Dritten Welt Nettozahler statt Nettoempfänger sind.

(-/4.6.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Wie man ein Thema zu Tode reitet**

**Minister Schneider und das altersgerechte Bauen**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Bauminister Schneider, aus Mangel an Kompetenz (im doppelten Sinne: an politischer Handlungsmöglichkeit und Handlungsfähigkeit) ständig auf der Suche nach neuen, publizitätsbringenden Themen, hat die wachsende Gruppe der älteren Mitbürger entdeckt - sozusagen als wohnungspolitische Marktlücke.

Er hat damit im Prinzip gar nicht unrecht - die Änderungen in der Bevölkerungsstruktur und die steigende Zahl der „Alten“ verändern auch Haushaltsgrößen und Wohnbedürfnisse. Ältere Menschen, denen Bewegung oft schwerer fällt als Jüngeren, haben spezielle Anforderungen an ihre Wohnung, deren Umgebung und ihre Versorgung. Vor allem - sie wollen bei allem in der gewohnten und vertrauten Umgebung bleiben.

Dieses Thema hat der Bauminister aufgegriffen. Zuerst durchaus vernünftig und dann, weil er meint, als Bundesminister dazu verpflichtet zu sein, mit immer mehr großen Ankündigungen versehen.

Diese waren, wie bei diesem Minister üblich, mutig und mit dem Finanzminister nicht abgestimmt. Von einem „eigenen Programm“ für die Umgestaltung von drei bis vier Millionen Wohnungen älterer Menschen war plötzlich die Rede und von besseren steuerlichen Voraussetzungen für solche Maßnahmen.

Es geschah das, was geschehen mußte: Staatssekretär Echternach hat seinen Minister demantiert und die Ankündigungen zu „Überlegungen“ über Möglichkeiten, wie man auf die Wohnbedürfnisse älterer Menschen besser eingehen könnte, gemacht.

Mit seinen Antworten auf die „gerontologische Herausforderung“ ist der Bauminister mal wieder schnell an seine Grenzen gestoßen.

(-/4.6.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



DOKUMENTATION

SPD-Aufruf zur Friedensdemonstration: Abschreckungsdenken überwinden

Der SPD-Parteivorstand hat am 25. Mai 1987 die Beteiligung der SPD an der Kundgebung der Friedensbewegung am 13. Juni 1987 in Bonn beschlossen. Er hat jetzt die Mitglieder der SPD mit folgender Erklärung zur Beteiligung an der Kundgebung aufgerufen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich an der Kundgebung der Friedensbewegung am 13. Juni 1987 in Bonn zu beteiligen.

Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien haben versucht, die von den beiden Weltmächten beabsichtigten und von den Europäischen Staaten in Ost und West befürworteten Null-Lösungen zu hintertreiben. Unter dem Druck wachsender Isolierung haben sie ihren Widerstand teilweise zurückgenommen, sie halten aber an ihrer Forderung fest, die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten 72 Pershing-Ia-Raketen nicht in Abrüstungsverhandlungen einbeziehen zu lassen.

Die SPD und mit ihr die breite Mehrheit der deutschen Bevölkerung treten für die doppelte Null-Lösung ohne Wenn und Aber ein. Nach Abschluß einer Vereinbarung über Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite muß über eine weitere Null-Lösung, das heißt die Abschaffung der atomaren Kurzstreckenraketen und der anderen Atomwaffen verhandelt werden.

Die SPD ist sich mit der Friedensbewegung darüber einig, daß das Abschreckungsdenken überwunden und Europa von Atomwaffen befreit werden muß. Wir erneuern unsere Forderung, daß im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Abschaffung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Waffen vereinbart werden muß.

Nach den neuen Vorschlägen des Warschauer Paktes besteht die Chance, die militärischen Strategien auf beiden Seiten am Prinzip der konventionellen Stabilität auszurichten und sie so zu verändern, daß die Streitkräfte auf beiden Seiten nur noch zur Verteidigung fähig sein werden.

Darüber hinaus treten wir im Interesse militärischer Stabilität und Sicherheit in Mitteleuropa für die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors ein, der sämtliche atomar einsetzbaren Waffen und Trägersysteme diesseits und jenseits der Grenze zwischen den beiden Militärblöcken umfaßt.

Die Friedensbewegung hat in der Vergangenheit wichtige Impulse für das Umdenken in der Sicherheitspolitik gegeben. Es kommt jetzt darauf an, den Chancen für weitreichende Abrüstungsvereinbarungen öffentlichen und sichtbaren Nachdruck zu verleihen. Der Einstieg in die Abrüstung und für eine zweite Phase der Entspannungspolitik darf nicht an den Machenschaften derjenigen scheitern, die bereits in den 70er Jahren vergeblich die Ostverträge bekämpft haben.

Deshalb demonstrieren wir am 13. Juni 1987 in Bonn mit der Friedensbewegung für

- die Sicherung des Friedens in Europa durch Entspannung und Abrüstung,
- für eine Überwindung der Abschreckungsstrategie durch das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit,
- für die doppelte Null-Lösung ohne Wenn und Aber,
- für umfassende Abrüstungsverhandlungen im atomaren Kurzstrecken- und im konventionellen Bereich,
- für ein atom- und chemiewaffenfreies Europa.

(-/4.6.1987/va-he/rs)

\* \* \*